

## Der Gipfel der G8-Staaten und seine Gegner

Die Regierung auf der einen, Globalisierungskritiker auf der anderen Seite rüsten zum großen Ereignis Anfang Juni im Seebad Heiligendamm. Deutschland ist Gastgeber der anderen großen 7 Weltmächte und eine Saison lang ihr Sprecher, der die Tagesordnung des Treffens vorgeben und nachher dessen Kommuniké vorlesen darf. Grund genug für die Macher, die 2 Tage im Luxushotel für den wichtigsten weltpolitischen Termin des Jahres zu nehmen und ihn zum Erfolg für die Gastgeberin zu machen, und für die Gegner, alles daran zu setzen, einen solchen Erfolg demonstrativ zu verhindern. Wird unsere Kanzlerin „eine gute Figur machen“, werden die Acht „ihrer großen Verantwortung gerecht“? Einfühlsam übernimmt die deutsche Öffentlichkeit die Selbstdarstellung der Politik: Es geht um „uns alle“, wenn die Chefs der größten Mächte sich besuchen, voreinander ihre Macht repräsentieren und einander bestätigen, die Weltmächte zu sein, auf die es ankommt. Die Macht der Großen über andere Staaten gilt da locker als edle Verantwortung für die Welt und ihre Verbes-

serung. Die Probleme – der Weltwirtschaft, der Armut, der Kriege, der Umweltzerstörung – wollen sie ohne eigenes Zutun vorgefunden haben; was ihre Entstehung betrifft, sind sie leider ohnmächtig. Aber zur Bewältigung dieser Probleme sind sie und nur sie berufen, da lassen sie sich von keinem die Last der Verantwortung abnehmen. Um die Probleme der Welt zu lösen, kann ihre Macht über die Welt nie groß genug sein. So viel Selbstbeweihräucherung der reichsten und mächtigsten Staaten bringt der Gipfel allemal – und dazu das Bild einer verbesserungsbedürftigen und fähigen „Weltordnung“, deren Macher zwecks Problemlösungen kooperieren müssen.

Dass es um „Lösungen“ gehen müsste: Das meinen auch die Kritiker der G8 – freilich um andere als jene „neoliberalen Konzepte“, die sie für „eine Welt der Kriege, des Hungers, der sozialen Spaltung, der Umweltzerstörung, der Mauern gegen MigrantInnen und Flüchtlinge“ verantwortlich machen. Sie nehmen die *Selbstdarstellung* der Großmächte als *wohltätige* Führungsmächte für

den *Inhalt* ihrer Politik, bestreiten sie und wollen sie verderben, so gut es ihnen gelingt. Damit siedeln sie ihren Protest ganz auf jener ideologischen Ebene an, mit der die G8-Mächte ihre globale Konkurrenz und deren Folgen als verantwortungsvolles Weltordnen vortragen: Statt die „Probleme der Welt“ anzupacken, tut die Politik nichts oder das Falsche; statt die Verlierer des Wettbewerbs an den Früchten globaler Marktwirtschaft zu beteiligen, grenzen sie sie aus; statt die Profitgier multinationaler Konzerne und Heuschrecken zu bremsen, machen die Nationalstaaten sich zu deren Knechten. Nie *wollen* die Großmächte das, was sie machen; Kritik jedenfalls fängt sich ihr globales Konkurrieren um die Reichtümer der Welt – beispielsweise von Attac – als *Unterlassung* ein: Immer unterlassen sie das, was sich Globalisierungsgegner als ihre wahre Aufgabe *erfunden* haben. Die Demonstranten kritisieren die G8 als „Dominanz ohne Legitimation“ wegen ihrer angeblichen Inkompetenz zur Gestaltung einer „anderen“ besseren Welt, als gnadenlose Egoisten, total verantwortungslos gegen den Rest der Menschheit. Und so halten sie den Gipfel dann für den Ort, wo die verbündeten Reichen absprechen, wie sie die armen Länder und Leute nächstens noch besser ausplündern.

Das aber geht an dem, was die G8 auf ihrem Gipfel mit allem Pomp und Sicherheitsvorkehrungen abziehen, in zweierlei Hinsicht vorbei: Weder treffen sich dort Weltretter, die man an ihre „Verantwortung“ mahnen und auffordern könnte, „endlich zu handeln“ statt zu palavern und heucheln, noch sind die G8 Komplizen, die sich in Heiligendamm brüderlich die Ausplünderung der Welt aufteilen. Die Großmächte des weltweiten Kapitalismus treffen sich wegen *ihrer Konkurrenzaffären* und deren Folgen für sie:

- Der Weltmarkt, als dessen politische Herren die führenden Industrienationen sich treffen, ist alles andere als eine Veranstaltung zur Verteilung nützlicher Gütern unter den Völkern; eine Absprache in Sachen internationaler Arbeitsteilung ist er schon gleich nicht. Und die Weltordnung, die die Chefs der G8 beaufsichtigen, ist kein Abkommen zur gemeinsamen Vermeidung oder Beilegung bewaffneter Konflikte. Der Kampf um die Aneignung von nationalem Reichtum aus der globalen Konkurrenz ist der Stoff ihrer inter-nationalen Beziehungen. Was sonst als die Macht, die sie daraus ziehen, sollte sie „legitimieren“, darüber und damit über die Lebensumstände von 6 Milliarden Menschen zu entscheiden?

Die G8 veranstalten also keinen „Missbrauch“ ihrer Macht: Jeder von ihnen kämpft für seine „vitalen Interessen“, für die sie weltweiten Respekt beanspruchen; Elend und Gewalt sind das regelmäßige und notwendige Produkt davon. Sie „versagen“ nicht bei der Bewältigung von Problemen, sie schaffen die katastrophalen Zustände auf der Welt. Sie pochen darauf, dass dieselbe Macht, mit der sie der Menschheit Probleme einbrocken, der Schlüssel ihrer Lösung ist. Deshalb bereden sie auf ihren Treffs auch keine Probleme von der Art, die die *Regieren* mit ihnen haben, sondern solche, die sie mit den finanziellen, politischen und lebendigen *Schadensfällen ihrer Ordnung* haben. Sie stellen sich den ruinösen Wirkungen, die ihre eigene Konkurrenz um den kapitalistischen Reichtum der Welt hervorbringt und dessen weitere Aneignung gefährdet. So behandeln sie unter TOP „Armutskämpfung und Aids“ die für sie ärgerliche Zahl von Staaten, die an den etablierten Wettbewerbsbedingungen des Weltmarkts zugrunde gehen. „Failing states“ bringen Chaos in ganze Regionen; das verhindert die paar Geschäfte, die mit ihnen noch gingen; und Flüchtlingsströme, die von dort an ihre Küsten schwappen, können die Metropolen des Kapitalismus überhaupt nicht leiden... Ganz folgerichtig kommen sie nach dieser Problemdefinition niemals auf die Idee, aus den Kassen der Reichen den Hungerleidern ein auskömmliches Leben aufzubauen.

- Darin sind sich die Wächter & Nutznießer der aktuellen Weltordnung ziemlich einig: Jeder G8-Gipfel dokumentiert ihren Willen, die Scheidung in viele arme und wenige reiche & mächtige Länder zu konservieren und Störungen dieser Hierarchie zu bekämpfen. Deshalb ist jeder Gipfel aber auch ein Zeugnis, wie es um die zelebrierte Gemeinsamkeit der Großen untereinander steht. Der kapitalistische Reichtum, um den sie wetteifern, soll die Macht je ihrer Nation mehren: Das hat auch unter ihnen eine Hierarchie geschaffen. Sie konkurrieren, wer den Erdball als seine Reichtumsquelle zurichtet, Partner und Hinterhöfe gewinnt, welche Kriege führt, Frieden zu seinen Konditionen stiftet – und damit: wem die Rolle als Führungsmacht gebührt.

Das bringt der Gipfel 2007 in gebotener diplomatischer *Heuchelei* zum Ausdruck. Was von jeher als Ringen um die „Setzung von Themen“ inszeniert wurde, sorgt diesmal dafür, dass der Stand ihrer Beziehungen am ehesten dadurch charakterisiert wird, was wohl nicht auf die offizielle Tagesordnung kommt: Nämlich all die Affären, bei denen die Mitglieder der „Group of 8“ als militärische Weltordner immer unerbittlicher aneinander geraten. Immerhin findet das alljährliche Ritual in einer Lage statt, wo die gemeinsame Kontrolle der Welt durch die sieben Staaten, die den „Freien Westen“ bildeten, mehr oder weniger zerbrochen ist. Spätestens seit dem Irakkrieg ist ihre strategische Einheit vergangenheit. Jeder ist offen dabei, die eigene Macht auf Kosten der anderen auszubauen. Die USA verlangen unbedingte Gefolgschaft für ihre Kriege und lassen die alten Verbündeten nur noch als jederzeit abrufbare „Koalition der Willigen“ gelten. Deutschland, Frankreich und andere lehnen diese Rolle ab und stellen militärischen Beistand sogar im Afghanistan-Krieg unter Vorbehalt, den sie noch mit der Bündnisvormacht USA zusammen führen. G8-Partner Russland betrachtet die neuen US-Abfangsysteme für atomare Mittel- und Langstreckenraketen als direkt gegen den eigenen Status gerichtete Rüstung und wird im Gegenzug angeklagt, damit den „Kalten Krieg“ aufleben zu lassen. Kernstaaten des alten Europa erkennen im selben Projekt die gezielte Spaltung der EU und den Versuch Amerikas, den Aufwuchs der Union zum auch militärisch handlungsfähigen Akteur zu unterbinden.

Unterm Strich ist der Gipfel 2007 ein einziges Dementi des Scheins der Kooperation. Er findet statt, weil eine Absage tatsächlich eine neue Konfrontationslage zwischen ihnen schaffen würde. Das soll derzeit aber nicht sein. Solange keiner Seite eine Kündigung ihrer diversen Bündnisse, die sie tatkräftig zersetzen, als opportun gilt, pflegen sie den Geist der Partnerschaft und ringen um Führungskompetenz. Und an Themen ermangelt es ihnen da wirklich nicht: Wer macht den Vorreiter beim Klima; wer domestiziert den Iran; wer verweist Putin in seine Schranken...

- \* All das ist den deutschen Veranstaltern einen 13 Millionen-Zaun rund um Heiligendamm wert. Beim Verhandeln ihrer aus- wie unausgesprochenen Konkurrenzaffären und Gewalthändel wollen sie ihren Frieden haben; deshalb verbitten sie sich jede Einmischung von unbefugter Seite. Wer Protest gegen die Verfassung der Welt und die Mächte, die in ihr das Sagen haben, angesagt findet, sollte wissen, womit und mit wem er es zu tun hat. Auch in den Reihen der Demonstrierenden wäre eine klärende Diskussion angebracht, ob ein solcher Protest eigentlich sachgerecht ist, der den Herrschenden die eigenen Wunschvorstellungen von einer „anderen“, besseren Welt ans Herz legen will, für die sie – jedenfalls eigentlich und dann zu Recht – die Welt regieren sollten, während diese Herrschenden den Protest mit Terrorismusverdacht und einem Bürgerkriegsaufmarsch der Polizei behandeln.

## GEGENSTANDPUNKT & DISKUSSION

Die politische Vierteljahresschrift GegenStandpunkt lädt ein zu Vortrag und Diskussion

### Der G8-Gipfel & seine Gegner

Donnerstag, 31.05.07, 19.00 Uhr

Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70 b, Bremen

Weitere Termine in 2007: 28.06., 20.09., 08.11.

## Zersetzende Fortschritte in der Allianz der Imperialisten

Dass der Umgang deutscher und US-amerikanischer Weltpolitiker miteinander und in ähnlicher Weise die offizielle Völkerfreundschaft innerhalb der EU in auffällig zunehmendem Maß von der Beteuerung begleitet wird, die solide Partnerschaft miteinander wäre durch offen deklarierte Meinungsverschiedenheiten nicht umzubringen, ermöglichte vielmehr und forderte geradezu Klarheit in Streitfragen, wirft ein Licht auf den Entwicklungsstand der fundamentalen nationalen Interessen und wechselseitigen strategischen Abhängigkeiten, die Europa und „den Westen“ (noch) zusammenhalten und (bereits) entzweien. Es passt nämlich in Grundsatzfragen imperialistischer Ordnungsgewalt nichts mehr zusammen in dem schiefen viereckigen Verhältnis zwischen „dem Westen“ und den Russen, zwischen Europäern und Amerikanern, zwischen den

EU-Mitgliedern selber sowie zwischen den rivalisierenden EU-Fraktionen, der transatlantischen Weltmacht und der Ex-Weltmacht im Osten.

Das ist allerdings auch kein Wunder. Dass da auseinander fällt, was nicht zusammengehört, passt jedenfalls zu gewissen Grundprinzipien bürgerlicher Weltpolitik im Allgemeinen und im Besonderen zum Entwicklungsstand der Gewaltverhältnisse im Imperialismus des 21. Jahrhunderts.

Dass Imperialisten im Nationalismus der Machthaber, die sie ihrer Vorherrschaft unterwerfen – wollen –, ihren besten Verbündeten haben: Dieses Paradox funktioniert – mehr oder weniger – *im Krieg*, wenn echte Überlebensnöte in einem Existenzkampf souveräner Gewalten einen Kandidaten in die Arme eines starken Partners treiben. Ein gemeinsamer *Sieg* entzweit die Waffenbrüder wieder, weil er für den von Vernichtung bedrohten Souverän die Freiheit wiederherstellt, sich autonom kalkulierend auf die übrige Staatenwelt zu beziehen, auch auf Forderungen und Angebote der im Kriegsbündnis bestimmend gewesenen Führungsmacht. *Frieden* zwischen Staaten bedeutet überhaupt nichts anderes, als dass die zuständigen Machthaber bei all ihren von unterschiedlichem Erfolg gekrönten Bemühungen um Nutzen bringenden Zugriff auf fremde Länder und um Kontrolle über deren Herrscher die Zuspitzung ihrer Interessengegensätze bis zur Existenzfrage: der Infragestellung der Souveränität eines andern, vermeiden; dass insbesondere die Stärksten zwar austesten, ab wann der Nationalismus ihrer Partner mit dem eigenen überhoheitlichen Herrschaftsanspruch endgültig kollidiert und dem eigenen Zugriff nur gewaltsam zu überwindende Grenzen setzt, aus dem Ergebnis für sich aber keine Existenzfrage machen.

## GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

1-07

Zersetzende Fortschritte in der Allianz der Imperialisten  
EU-Beitritt Ruminiens und Bulgariens  
Die EU schließt ihre Lücken im Südosten Europas  
Putin auf der Sicherheitskonferenz  
Wir können auch anders  
Bilanz und Fortschritte im Kampf der USA gegen „den Terror“  
Anmerkungen zur politischen Ökonomie der Wachstumsbranche Volksgesundheit  
„Linksruck“ in Lateinamerika  
Venezuelas Aufstand im Hinterhof der USA

Das Bundessozialgericht zu Hartz IV: Nun endgültig amtlich!  
Der Fall Litwinenko: Deutsche Journalisten ermitteln gegen den Kreml  
Die gute Nachricht aus Berlin: „Jetzt brauchen wir wieder bessere Löhne“  
Der tiefe Fall des Edmund Stoiber:  
Ein Stück lebendiger Demokratie - Der Fall Kurnaz  
Ein Folteropfer beschuldigt die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik - Begnadigungsdebatte um die letzten RAF-Terroristen: Menschlichkeit von Staats wegen und das moralische Unbehagen daran - Streit um Gas, Öl, Pipelines, Förderrechte usw. und immer derselbe Vorwurf: Russland macht mit Energiegeschäften Politik – was denn sonst?!

# Stichwort "Globalisierung"

„Die globalisierte Weltwirtschaft verantwortlich gestalten“, mit dieser Hausaufgabe wirbt Frau Merkel für den Gipfel der G8! Dies ist allerdings nicht nur ein ziemlich verwegener Griff in die ideologische Trickkiste.

Sicher: Wenn Typen wie Merkel und Bush denselben Globus, den sie sich zur Quelle ihres Reichtums und ihrer Macht hergerichtet haben, als ein Wesen betrachten, das sie erst in den Griff bekommen müssten, dann kann es zwar sein, dass die das so sehen, aber bezogen darauf als was sie sich in Heiligendamm versammeln, ist es einfach lächerlich. Schließlich treffen sich da nicht Frau Hinz und Herr Kunz, sondern Repräsentanten der mächtigsten Nationen. Und dass die - dieselben Subjekte, die sich und ihrer Wirtschaft erfolgreich jeden Erdenwinkel kapitalistisch nutzbar gemacht haben - sich einem ziemlich subjektlosen "ökonomischen Prozess" gegenübergestellt sehen wollen, dessen wesentliches Prädikat auch noch ist, "global" zu sein; dass ausgerechnet die Figuren, die mit der Macht ihres Geldes und Kredits über das Lebensschicksal ganzer Kontinente befinden, beim Tempo nicht mehr mitkommen wollen, in dem ihre Banken Gelder verschoben, und schon gleich nicht mehr wissen, wo all die Multis residieren, die sie sich selbst geschmiedet haben; kurz: dass sich die imperialistischen Macher von der "globalisierten Ökonomie" - von ihrem eigenen Werk - herausgefordert sehen wollen - das alles hat schon seine humorige Seite. Sie verdoppeln sich da gewissermaßen: in einen "globalisierten Wettbewerb", den zwar niemand anders veranstaltet als sie, den sie aber als eine von ihnen unabhängig existierende Lage, der die Nationen gerecht werden müssen, vorstellig machen (sie verweisen nicht auf Konkurrenten, die ihren Interessen im Wege stehen, sondern auf das Vorhandensein von Konkurrenz) -, um sich anschließend als die Subjekte aufrufen zu können, die sich mit der nötigen Entschlossenheit und Tatkraft an die Bewältigung dieser 'Lage' machen. Mit diesem Kunstgriff stellen sie ihre Herrschaft über den Globus als ihre gemeinsame Verantwortung für ihn dar. Unter dem Stichwort 'Globalisierung' präsentieren sie ihre Zusammenkunft ihren Völkern daheim als riesiges Gemeinschaftswerk im Dienst an derselben Sache, zu deren Gelingen sie selbst, tagaus, tagein, jeder nach seinen Kräften, beitragen wollen - mit den politischen Beschlüssen nach Innen und Außen, die sie gerade fassen.

## Erlogene Notwendigkeiten für imperialistisches Handeln

Insofern ist ihr ideologischer Dreh dann doch nicht so lustig. Zu was sich diese Damen und Herren da aufrufen, das ist nämlich nichts anderes als all das, was sie mit der ihnen zu Gebote stehenden Macht unternehmen, um besagten "internationalen Wettbewerb" zu Gunsten ihrer Nationen zu entscheiden. Eben zu all dem, was sie in ihrer Eigenschaft als Führer der imperialistischen Nationen, die den Rest der Welt beherrschen, für fällig erachten. Sowie zu all dem, was sie in der Konkurrenz ihrer Nationen untereinander

**GEGENSTANDPUNKT**  
Politische Vierteljahresschrift **3-06**

**Imperialismus heute**

Weltmarkt und Weltmacht  
Von der globalisierten Zivilgesellschaft  
und ihrer antiterroristischen Kriegskultur  
„Die Haupttendenzen auf der Welt sind Frieden und Entwicklung“  
China will Weltmacht werden  
Die neue „strategische Partnerschaft“ USA-Indien  
Indien – als Großmacht von Amerika gefördert und gefordert  
Amerikanische Energiepolitik 2006  
Eine Fallstudie zum „dual use“ von Energie  
Die Demokratisierungskrise des Irak  
Vom ‚Schurken-Staat‘ zum ‚failed state‘  
34-Tage-Krieg im Libanon  
Israel verteidigt sein Existenzrecht  
als regionale Supermacht  
Weltwirtschaftsgipfel in St. Petersburg  
The good and the ugly  
Deutsche Soldaten als Wahlhelfer im Kongo  
Ein Einsatz für mehr europäische Weltordnungskompetenz

Das Heft (ISSN-Nr 0941-5831) kann im Buchhandel oder beim Verlag bestellt werden: [gegenstandspunkt@t-online.de](mailto:gegenstandspunkt@t-online.de)

der jeweils an Maßnahmen nach Innen für nötig halten, um in dieser Konkurrenz Siege zu erringen: Der vorstellig gemachte Sachzwang namens "Globalisierung" ist die Ansage der politischen Macher, ihre Standorte rücksichtslos gegen jedes andere Bedürfnis zur Waffe in der weltweiten Konkurrenz um Geld und Gewalt herzurichten; so gut wie alles, was ihre Bürger bislang so für den sozialen Standard halten durften, ist ein "sozialer Besitzstand", dessen Haltbarkeitsdatum schon längst abgelaufen und dementsprechend einzukassieren ist; die gesellschaftliche Klasse, die zur Schaffung des Reichtums eigens eingerichtet ist, hat ihrem Beruf nachzugehen, billig und flexibel; also hat sie das Gemeinwesen auch in allen Fragen ihres Unterhalts möglichst nichts mehr zu kosten. Das ist zwar hart, sicherlich, aber notwendig, sozial und gerecht. Denn erstens kann sich - wg. "Globalisierung" - kein kapitalistischer Standort von Rang mehr sein Volk so recht leisten; zweitens geht es vielen Völkern noch viel schlechter; und drittens schreit das Unrecht sowieso zum Himmel, dass eine staatliche Hilfe zum Lebensunterhalt den Leuten die freie Entscheidung nimmt, entweder von ihrer Arbeit zu leben oder gar nicht - das ist heute sozialer Standard.

Die Grußbotschaft, die die G8-Führer mit dem Stichwort von der 'Globalisierung' an die Völker richten, die diesen Standard aushalten dürfen, besteht in dem Versprechen, bei den von ihnen gestarteten Offensiven nichts anbrennen zu lassen. Das dürfen sich ihre Völker einleuchten lassen unter dem Gesichtspunkt, dass sie als Manövriermasse ihrer Obrigkeiten am Glanz von deren Macht Anteil haben; sie dürfen stolz darauf sein, den wenigen erfolgreichen nationalen Zwangskollektiven anzugehören, die im Zeitalter der Globalisierung die Herausforderungen meistern und die Geschicke der Menschheit bestimmen. Um des Glanzes dieser Macht willen, dürfen sie sich all das abschminken, was ihre Machthaber ihnen abschminken.

Fortsetzung: Zersetzende Fortschritte...

Nach dem gewonnenen 2. Weltkrieg haben die USA den über Jahrzehnte bemerkenswert erfolgreichen Versuch unternommen, souveräne Partnerstaaten auf eine Friedensordnung festzulegen, in der sie die Entscheidungshoheit in den letzten Fragen staatlicher Souveränität, in Sachen Krieg und Frieden für sich reservierten und dafür das nationalistische Kalkül ihrer wichtigsten Verbündeten auf ihrer Seite hatten. Geschäftsgrundlage dieser paradoxen Konstruktion einer imperialistischen Allianz war freilich ein neuer und auch neuartiger *Kriegszustand*: eine Konfrontation mit dem sowjetischen Machtbereich, die die Zerstörung eines jeden Allianz-Mitglieds in einem atomaren Weltkrieg real und akut genug machte, um zwischen den militärisch minder bemittelten Nationen und der amerikanischen Supermacht ein Verhältnis existenzieller Abhängigkeit zu stiften und eine freiwillige Unterordnung wie in einem wirklichen Krieg ums nationale Überleben zu begründen. Auf Basis dieser gemeinsam aufgebauten und ausgehaltenen strategischen Weltvernichtungsdrohung unter amerikanischer Führung haben die konkurrierenden imperialistischen Mächte eine stabile Geschäftsordnung ihrer Konkurrenz gegeneinander wie für ihren Zugriff auf die restliche Staatenwelt entwickelt und in supranationalen Institutionen vergegenständlicht, einen Weltmarkt in Gang gebracht und da für enorm viel freie Konkurrenz ihrer Kapitalisten gesorgt. Und nicht nur das: Die wichtigsten westeuropäischen „Vasallen“ der USA haben sich zu dem Standpunkt durchgerungen, dass sie untereinander Einiges, und zwar Entscheidendes an nationaler Abgrenzung aufgeben und eine neue kollektive Souveränität schaffen müssen, um in der Allianz mit ihrer Schutzmacht und zwischen der und der atomar hochgerüsteten Sowjetunion als gleichrangiges imperialistisches Subjekt auftreten zu können. Ihr Nationalismus ist zum Beweggrund der Unterordnung ihrer nationalen Souveränität unter einen gemeinschaftlichen imperialistischen Geltungsanspruch geworden; ihr Konkurrenzkampf tobt um den nationalen Nutzen aus der allseitigen Unterordnung, um Einfluss auf die strategische Zielsetzung des gemeinsamen Klubs, noch grundsätzlicher: um die eigene Position in der Hierarchie der Mitglieder. Dieses Gesamtkunstwerk imperialistischer Paradoxien gerät aus den Fugen, seit mit dem Sieg des „Westens“ im Kalten Krieg gegen den sowjetischen Feind seine Geschäftsgrundlage entfallen ist. Ihren Triumph nehmen die Beteiligten nämlich, jeder auf seine Weise, als Chance wahr, neu errungene Freiheiten auszunutzen; insbesondere die, sich im ehemaligen Einflussgebiet der ehemaligen Sowjetunion breit zu machen und den russischen Erben der sowjetischen Militärmacht strategisch kaltzustellen und zwecks ökonomischer Ausnutzung gefügig zu machen. Zu diesem Zweck nutzen Europas Führungsmächte ebenso wie die USA, quasi nach gewohntem Muster, den freigesetzten Nationalismus der osteuropäischen Staaten als Hebel, um sie ihrem bündnispolitischen Regime zu inkorporieren: Die Amerikaner mobilisieren die Russenfeindschaft, die dem Neo-Nationalismus der Renegaten des „sozialistischen Lagers“ seine Schärfe gibt, und vereinnahmen das „neue Europa“ für ihre Weltordnungskriege und für ihre strategische Offensive gegen Russlands Kampf um Rettung und Erneuerung der Vorherrschaft im Bereich der ehemaligen Sowjetrepubliken. Die EU setzt für die Eingemeindung ihrer neuen östlichen Nachbarn auf deren kapitalistische Staatsräson und die Einsicht der dafür verantwortlichen regierenden Nationalisten, dass dem Aufbruch zu staatlichem Reichtum und neuer Größe nur im Rahmen der Union Erfolg beschieden sein kann; dabei kommt es ihr schon bei der ersten Erweiterungsrunde, und bei deren aktueller Fortsetzung erst recht, weniger bis gar nicht auf einen Zuwachs an Wirtschaftsmacht und viel mehr darauf an, die eigene imperialistische Ordnungsmacht in strategisch relevantem Umfang nach Osten auszudehnen und so auf ein neues Niveau zu heben. Damit kommen die Führungsmächte des kapitalistischen Weltsystems freilich nicht bloß den Russen, sondern mit voller Absicht einander in die Quere. Die USA suchen nicht bloß neue Vasallen

und Stützpunkte, sondern legen es mit ihrem Werben um die osteuropäischen Nationen darauf an, die EU zu spalten und die Kalkulation ihrer Führungsmächte mit neuer strategischer Größe und Bedeutung zu durchkreuzen. Die Protagonisten einer neuen europäischen Weltmacht verfolgen ihrerseits das doppelte Ziel, gemeinsam mit den USA die Macht Russlands zu schwächen und handhabbar zu machen und zugleich das Bemühen der USA um ganz auf sie zugeschnittene, von Washington aus dirigierte kriegstaugliche Bündnisnetzwerke zu konterkarieren, indem sie sich selbst und nach Kräften auch ihre neuen Unionsmitglieder der Vereinnahmung durch die Supermacht entziehen. Daneben pflegen beide Seiten ihren alten, so grundsätzliche institutionalisierten Pakt, verschaffen ihm sogar reale neue Aufgaben, erst auf dem Balkan, dann in Afghanistan; und auch fürs Verhältnis zu Russland fällt den Westeuropäern aus gegebenem Anlass eine neue Verwendung für die Nato ein: In der wäre der einsame strategische Plan der Bush-Regierung, in Tschechien, Polen und einem Kaukasusland ein Raketenabwehrsystem zu installieren, viel besser aufgehoben als im bilateralen Verkehr zwischen Washington und ausgewählten willigen Helfern; nicht zuletzt deswegen, weil sich - ausgerechnet! - in dem Rahmen, nämlich im Nato-Russland-Rat, Bedenken Moskaus wegen einer drohenden Entwertung seiner strategischen Waffen beschwichtigen ließen, die man andernfalls in Berlin und Paris nur allzu gut verstehen kann ... Die Nato als Instrument der Westeuropäer, um Amerika auf seinem abenteuerlichen Kurs zur strategischen Neuordnung des Globus gewissermaßen einzufangen und auf ein Europa-verträgliches Maß herunterzubremsen: So wird die Allianz allerdings nicht zur Stätte eines erneuerten Einvernehmens, sondern direkt und ausdrücklich als Austragungsort für das fortschreitende Zerwürfnis zwischen dem „alten Europa“ und seiner einstigen transatlantischen Führungsmacht ins Spiel gebracht.

Der gemeinsame Bündniskrieg am Hindukusch eint die Allianz erst recht nicht: Uneinig sind sich die Partner schon in der Frage, ob das überhaupt ein gemeinsamer Krieg sein soll, was sie dort veranstalten; sie nerven einander mit unvereinbaren Ansichten darüber, wie das formell gemeinschaftlich verfolgte Ziel, das Land unter die Kontrolle der eigenen Präsidenten-Marionette in Kabul zu bringen, überhaupt zu verwirklichen wäre; sie streiten um die Lastenverteilung innerhalb der Allianz - da steht schon wieder amerikanisches Drängen auf mehr Engagement nach amerikanischen Vorgaben gegen deutsch-europäische Vorbehalte. Einig ist man sich nur darüber, dass sich mit dem wie auch immer definierten Erfolg oder Misserfolg in Afghanistan das Schicksal der Nato entscheidet - und auch darin, dass keiner der Beteiligten zu dem Eingeständnis bereit ist, dass das Ende der Allianz damit auch dann schon besiegelt ist, wenn den Nato-Truppen die Herstellung eines befriedigenden Maßes an Friedhofsruhe in den „Unruheprovinzen“ zwischen Kabul und Islamabad gelingt.

Dem Exitus des „Westens“ als bestimmender weltpolitischer Größe entspricht auf der anderen Seite keineswegs ein programmgemäßer Aufstieg der EU zur neuen zweiten Weltmacht, im Gegenteil: Innerhalb der Union lebt mit jedem Fortschritt in Richtung „Erweiterung und Vertiefung“ die Konkurrenz der Nationen um den eigenen Stellenwert *im* gemeinsamen Ganzen, und das heißt ganz folgerichtig: um nationale Selbstbehauptung *gegen* das gemeinsame Unternehmen auf; eine Konkurrenz, die nicht bloß den traditionsreichen Europa-Idealismus früherer Jahrzehnte lächerlich macht, sondern den institutionell verfestigten Willen zu einem gemeinsamen machtvollen EU-Regime selber angreift und zersetzt. Auf der anderen Seite geraten die USA mit ihrem Projekt einer militärisch fundierten, von willigen Koalitionären mit getragenen Kontrolle über die Staatenwelt ausgerechnet da in Beweisnot, wo sie selber in aller Freiheit einen Krieg auf die Tagesordnung gesetzt und blitzartig gewonnen haben, um die Gemeinde der souveränen Machthaber mit ihrer globalen Richtlinienkompetenz zu konfrontieren; jetzt fürchtet sich die Welt vor den Konsequenzen, die die Bush-Regierung ankündigt, um aus der Notlage doch noch eine weltpolitische Lektion zu machen.

Wolfgang Mühl  
Theo Wentzke

**Das Geld**

Von den  
vielgepriesenen Leistungen  
des schnöden Mammons

GegenStandpunkt

Neu erschienen:

**Inhalt:**

- Von den viel gepriesenen Leistungen des schnöden Mammons
- Was jedermann geläufige Erfahrungen durchaus lehren könnten: Einige ökonomische Wahrheiten, Ware und Geld betreffend
- Geld – das ‚reale Gemeinwesen‘
- Deutsch-deutsche Währungsunion – die erstmalige korrekte „Anwendung des Wertgesetzes“ auf dem Boden der DDR Geld im Systemvergleich
- Das Geld des Staates

**Zu bestellen im Buchhandel:**

ISBN 978-3-929211-11-5  
Format: A5, 164 Seiten, 15,-€